

## Notizen und Kurzbeiträge

DOI 10.1515/bd-2016-0093

# Bestandserhaltung – ein politisches Thema?

Diese Frage der Überschrift stellte die Vorsitzende der Sektion 4 des Deutschen Bibliotheksverbandes, Frau Dr. Siebert (ULB Düsseldorf) bei der Frühjahrssitzung 2016 in Weimar der Verfasserin als Thema für einen Kurvvortrag. Eine leichte Antwort: selbstverständlich ist „Bestandserhaltung“ eine politische Frage, denn nur „die Politik“ kann die für den Kulturguterhalt notwendigen Finanzen zur Verfügung stellen, somit gilt es, mit allen Kräften um diese Ressourcen zu kämpfen. Doch reicht diese Antwort wirklich so aus?

In erster Linie wird „Bestandserhaltung“ als fachliches Thema von Restauratoren und Spezialisten behandelt, es geht um Schäden und Maßnahmen zu ihrer Beseitigung. Die Digitalisierung eröffnet neue Optionen, aber Konsens unter den Fachleuten ist, dass es beim „Kulturguterhalt“ um die *Originale* geht.

Keineswegs ist allseits Untätigkeit zu konstatieren, ein Blick in die Aktivitäten der Bundesländer und des Bundes zeigt, was schon erreicht ist:

So hat Baden-Württemberg das „Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut“<sup>1</sup> seit den 80er Jahren, Niedersachsen ebenso lange ein Förderprogramm<sup>2</sup>, Bayern erarbeitete schon 1998 die erste Landeskonzeption<sup>3</sup>, der Freistaat Sachsen hat seit 2002 einen Landesbeauftragten, eine Landesstelle und ein Förderprogramm<sup>4</sup>. Hamburg<sup>5</sup> und NRW<sup>6</sup> hatten bzw. haben umfangreiche Programme für die Massenentsäuerung, das KBE (Kompetenzzentrum Bestandser-

---

<sup>1</sup> <http://www.landesarchiv-bw.de/web/47279> [Zugriff: 25.5.2016].

<sup>2</sup> Felicitas Hundhausen: Bestandserhaltung in Niedersachsen. Die Arbeitsgruppe für Konserverungs- und Restaurierungsfragen des niedersächsischen Beirates. Rückblick auf zwei Jahrzehnte ihres Wirkens. In: Der wissenschaftliche Bibliothekar. Festschrift für Werner Arnold. Hg. v. Detlev Hellfaier u. a. Wiesbaden 2009, S. 113–142 (Wolfenbütteler Schriften zur Geschichte des Buchwesens 44). Siehe auch zur Landesfachberatung: <http://www.hab.de/de/home/ueber-uns/kompetenzzentrum/landesfachberatung-bestandserhaltung.html> [Zugriff: 25.5.2016].

<sup>3</sup> <http://www.uni-muenster.de/Forum-Bestandserhaltung/downloads/dbi-leskien.pdf> [Zugriff: 25.5.2016].

<sup>4</sup> <https://www.slub-dresden.de/ueber-uns/bestandserhaltung/> [Zugriff: 25.5.2016].

<sup>5</sup> <http://www.hamburg-ohne-worte.de/> [Zugriff: 25.5.2016].

<sup>6</sup> [http://www.afz.lvr.de/de/bestandserhaltung\\_2/landesinitiative\\_substanzerhalt/landesinitiative\\_substanzerhalt\\_1.html](http://www.afz.lvr.de/de/bestandserhaltung_2/landesinitiative_substanzerhalt/landesinitiative_substanzerhalt_1.html) [Zugriff: 25.5.2016].

haltung für Bibliotheken und Archive in Berlin und Brandenburg)<sup>7</sup> existiert seit 2006; Schleswig-Holstein hat innerhalb weniger Jahre eine Landeskonzeption und ein Förderprogramm erarbeitet (seit 2012)<sup>8</sup> und in Mecklenburg-Vorpommern und in Rheinland-Pfalz sind Landeskonzeption und Förderprogramme in Vorbereitung. Doch zu fragen ist, wie viel tatsächlich **aktiv** und **nachhaltig** in den Bundesländern passiert und welches Modell letztlich erfolgversprechend ist.

Trotz der Kulturhoheit der Länder und ihrer sich daraus ergebenden Verpflichtung und Zuständigkeit hat sich der Bund seit einigen Jahren sehr engagiert. Nach der langjährigen Lobbyarbeit der „Allianz für die Erhaltung des schriftlichen Kulturgutes“<sup>9</sup> gibt es seit 2011 die Koordinierungsstelle – Schriftliches Kulturgut erhalten (KEK)<sup>10</sup>, finanziert von Bund und Ländern; sie legte gleich im selben Jahr ihr erstes Förderprogramm vor. Die Netzwerkbildung und die Erarbeitung einer nationalen Strategie waren zudem zentrale Aufgabe, dazu gab es in den vergangenen Jahren einige Umfragen in den Kultureinrichtungen und vor allem die Erarbeitung der sog. „Handlungsempfehlungen“<sup>11</sup>. Als Finanzbedarf wurde eine Summe in Höhe von jährlich 63 Mio. Euro ermittelt, um jeweils 1% der **jetzigen** Schäden schrittweise beseitigen zu können. Offen ist nach wie vor, wer diese Geldsumme bereitstellen soll und wird. Ein entscheidender Punkt der Handlungsempfehlungen ist jedoch, von der geteilten und sich ergänzenden Zuständigkeit von Einrichtungen, Unterhaltsträgern, Ländern und Bund auszugehen. Und das gibt einen wichtigen Hinweis auf die eingangs gestellte Frage.

Natürlich ist die Bestandserhaltung eine politische Frage, wenn man wie in Rheinland-Pfalz in den letzten drei Jahren eine Struktur für die *gemeinsame* Arbeit und ein Landesprogramm erarbeiten will. Aktivitäten einzelner Institutionen gab es, aber die 2014 in den Archiven und Bibliotheken des Landes durchgeführte Umfrage zeigte – wie überall – dasselbe ernüchternde Ergebnis: hohe Schäden am Bestand, die teils schon zu Benutzungssperren geführt haben, mangelhafte Ausstattung mit Ressourcen (Fachpersonal und Sachmittel) und viel zu häufig

---

<sup>7</sup> <http://www.zlb.de/besondere-angebote/kompetenzzentrum-bestandserhaltung/das-kbe.html> [Zugriff: 25.5.2016].

<sup>8</sup> [http://macau.uni-kiel.de/servlets/MCRFileNodeServlet/macau\\_derivate\\_00000131/ErhKult-Erb\\_SH2.pdf;jsessionid=E2F8CBCA6ABD57FB06A05473EC778693](http://macau.uni-kiel.de/servlets/MCRFileNodeServlet/macau_derivate_00000131/ErhKult-Erb_SH2.pdf;jsessionid=E2F8CBCA6ABD57FB06A05473EC778693) [Zugriff: 25.5.2016].

<sup>9</sup> <http://www.allianz-kulturgut.de> [Zugriff: 25.5.2016].

<sup>10</sup> <http://www.kek-spk.de/home/> [Zugriff: 25.5.2016].

<sup>11</sup> „Die Erhaltung des schriftlichen Kulturguts in Archiven und Bibliotheken in Deutschland. Bundesweite Handlungsempfehlungen für die Beauftragte für Kultur und Medien und die Kultusministerkonferenz“ (<http://kek-spk.de/aufgaben-und-ziele/bundesweite-handlungs-empfehlungen/und> [http://kek-spk.de/fileadmin/user\\_upload/pdf\\_Downloads/KEK\\_Bundesweite-Handlungsempfehlungen.pdf](http://kek-spk.de/fileadmin/user_upload/pdf_Downloads/KEK_Bundesweite-Handlungsempfehlungen.pdf)). [Zugriff: 25.5.2016].

unzureichende Möglichkeiten für die präventive Arbeit<sup>12</sup>. Eine Arbeitsgruppe des Ministeriums, in der Vertreter aus Bibliotheken und Archiven in RLP berufen worden waren, hatte diese Umfrage initiiert unter Federführung von Landesarchivverwaltung und Landesbibliothekszentrum und setzte nach der Veröffentlichung der Auswertung die Arbeit fort mit dem Entwurf einer Landeskonzeption und den Planungen für ein Landesförderprogramm. Dessen Verabschiedung bzw. Umsetzung ist die Aufgabe der nächsten Zeit. Die Aktivitäten dieser AG orientieren sich an den Prinzipien der „Handlungsempfehlungen“ der KEK und so ist die Zielsetzung, nicht nur finanzielle Mittel für praktische Maßnahmen in Einrichtungen zu erhalten sondern auch eine Struktur zu schaffen, denn die Institutionen selbst geben in jener Umfrage an, dass u. a. die Beratung und die Koordination entscheidende Desiderate sind. Solche Umsetzungsprozesse sind weniger von fachlichen Fragen bestimmt denn von den politischen und strategischen, eine Mehrheit in der Politik zu finden, die diese Themen als relevante und unterstützende Werte betrachtet. Daher ist die Öffentlichkeitsarbeit und Lobbyarbeit ein wichtiger, nie zu vernachlässigender Bereich der Aktivitäten, will man die Anstrengungen zum Kulturguterhalt effektiv erhöhen.

Zusammenfassend sind aus dem Ist-Stand und den notwendigen Schritten folgende Schlussfolgerungen zu ziehen:

Der „Bund“ ist bei allen zentralen Aufgaben gefragt: Lobbyarbeit, Netzwerkarbeit und die nationale Gesamtkoordination. Für all das braucht es die KEK als dauerhafte und für diese Vielfalt der Aufgaben zu stärkende Institution. Vor allem aber braucht es ein nationales Förderprogramm, das sich nach dem Vorbild der Denkmalpflege<sup>13</sup> richtet, also **zusätzlich** fördert und unterstützt, wo Länder und Einrichtungen keine Möglichkeiten sehen können. Die Frage des Kulturerbes ist eine nationale Aufgabe!

Die Kulturhoheit der Länder ist ein hohes Gut unserer Demokratie, daher sind Förderprogramme und Landesstellen flächendeckend notwendig. Die Größe der Aufgabe macht unmöglich, die Einrichtungen allein zu lassen. Jedes Bundesland hat eine andere Struktur und eigene historische Überlieferungswege in den Kultureinrichtungen, dem muss Rechnung getragen werden. Ein Landesförderprogramm allein wird nicht ausreichend sein, Strukturen in Form von „Land-

---

<sup>12</sup> Die Auswertung der Umfrage wurde in einer Broschüre publiziert, siehe: [http://lbz.rlp.de/fileadmin/lbz/Ueber\\_uns/Publikationen/Einzelne\\_Publikationen/broschuere-kulturgut-in-gefahr2015.pdf](http://lbz.rlp.de/fileadmin/lbz/Ueber_uns/Publikationen/Einzelne_Publikationen/broschuere-kulturgut-in-gefahr2015.pdf) [Zugriff: 25.5.2016].

<sup>13</sup> <https://www.staedtebaulicher-denkmalschutz.de/programm/> Vgl. auch die Aktivitäten der Deutschen Stiftung Denkmalschutz: <http://www.denkmalschutz.de/aktuelles.html> [Zugriff: 25.5.2016].

desstellen“ sind für eine effektive und effiziente Zusammenarbeit der Einrichtungen notwendig, denn es geht eben nicht nur um die Frage einer Mittelverteilung, sondern um Abstimmungsprozesse und regionale Konzeptionen als Basis der Bestandserhaltung.

Doch hier endet die Verantwortung nicht, keine Einrichtung kann die Verantwortung auf Bund oder Land abschieben und so sind die Unterhaltsträger aus ihrer Pflicht nicht herauszunehmen. Leicht einzusehen im Archivbereich, verweist man hierbei doch schlicht auf die archivrechtlichen Bestimmungen, die schließlich klare Verpflichtungen schaffen. Doch gerade im Bibliothekswesen schaffen die fachlichen Fragen der koordinierten Zusammenarbeit bei der Erhaltung der vorhandenen Bestände eine Aufgabe höchster Priorität. Nur arbeitsteilig und kooperativ gelingt diese gigantische gesellschaftliche Aufgabe, so dass Landeskonzeptionen unverzichtbar sind, deren Voraussetzung ist aber, dass die Einrichtungen selbst wissen, was sie tun müssen und tun wollen. Und so ist die Bestandserhaltung doch auch – oder zunächst einmal – wieder eine zentrale fachliche, also archivische und bibliothekarische Aufgabe.

Natürlich ist „die Politik“ gefragt, ohne Ressourcen sind die Schäden nicht zu beseitigen, die Maßnahmen sind aufwändig und die durch die KEK-Umfrage 2013 ermittelten Bedarfe in Höhe von 6,3 Mrd. Euro könnten Anlass für Resignation sein. Doch wenn die Institutionen nicht bei sich selbst beginnen, die Fragen nach ihrer eigenen Verantwortung für die Bestandserhaltung zu stellen, wenn sie zu sehr an der Zimelienrestaurierung festhalten – orientiert zu sehr am ganz *alten* Kulturgut (und dabei das Kulturgut der jüngeren Jahrhunderte übersehen) – und zu sehr auf die *eine* (unbestreitbar wichtige) Maßnahme der Restaurierung orientiert sind – und dabei die anderen Handlungsmöglichkeiten der Konversion, der Konservierung und vor allem der Prophylaxe nicht hinreichend genug in den Blick nehmen, dann nützt jede noch so gute Lobbyarbeit wenig<sup>14</sup>.

„Bestandserhaltung“ ist ein politisches Thema, denn ohne Finanzen sind die notwendigen Anstrengungen unmöglich und es muss Ziel sein, auf allen politischen Ebenen die Bedeutung des schriftlichen Kulturgutes immer besser ins Bewusstsein zu rücken, es darf nicht widerspruchslos bleiben, dass auch das für 2018 vorbereitete „Europäische Jahr des kulturellen Erbes“ – bislang zumindest – das schriftliche Kulturgut ignoriert. Deutlich muss sein, dass die Bestandserhaltung mit anderen wichtigen gesellschaftlichen Themen in Bildung und Kultur konkurriert. Gerade die Herausforderungen der Digitalisierung sind dabei

---

<sup>14</sup> Zu erinnern ist dabei an die Grundsätze der konzeptionellen Arbeit, die die sog. „Glauert’sche Pyramide“ nicht aus den Augen verlieren darf (siehe: [http://www.uni-muenster.de/Forum-Bestandserhaltung/downloads/001\\_012\\_Glauert\\_Ruhnau\\_Einfuehrung.pdf](http://www.uni-muenster.de/Forum-Bestandserhaltung/downloads/001_012_Glauert_Ruhnau_Einfuehrung.pdf)) [Zugriff: 25.5.2016].

genau in Bezug auf den Kulturguterhalt zu gewichten. Der digitale Zugang zu den Quellen ist unbestreitbar unverzichtbar, aber die Digitalisierung rettet nicht das Kulturerbe. Selbst das (qualitativ) beste Digitalisat der „Mona Lisa“ oder der ägyptischen Pyramiden ermöglichen oder erlauben eben nicht den Abriss derselben oder die Zerstörung des Gemäldes – das gilt gleichermaßen für das schriftliche Kulturgut! Doch wenn sich die Fachwelt auf der Politik ausruht, nicht die eigenen „Hausaufgaben“ sieht und die vielerorts anzutreffende Mutlosigkeit überwindet, dann gelingt Bestandserhaltung auf keinen Fall.

Daher sei die Eingangsfrage auch zum Schluss bejaht, aber unter einer zwingenden Voraussetzung: Fachebene und Politik müssen sich in ihren jeweils ureigenen Bereichen ergänzend um Zusammenarbeit bemühen. Und daran fehlt es bislang noch an vielen Stellen trotz aller optimistisch stimmenden guten Erfolgen der letzten Jahre. Bestandserhaltung muss zum strategischen Thema in Politik und Fachwelt werden, Netzwerke und Kooperationen müssen ausgebaut und tatsächlich „gelebt“ werden und letztlich braucht es eine kontinuierliche professionelle Lobbyarbeit. Für die Fachleute in den Einrichtungen und deren Leitungen gilt weiterhin die Aussage „Bestandserhaltung beginnt im Kopf und nicht im Geldbeutel“<sup>15</sup>.

Dr. Annette Gerlach  
Leiterin  
Landesbibliothekszentrum Rheinland-Pfalz  
Bahnhofplatz 14  
56068 Koblenz  
E-Mail: gerlach@lbz-rlp.de

## **Neuer Beirat für die Elektronische Zeitschriftenbibliothek berufen**

Zur Beratung und Unterstützung bei zukunftsweisenden Weiterentwicklungen hat die Universitätsbibliothek Regensburg für die Elektronische Zeitschriftenbibliothek (EZB) im Jahr 2011 einen Beirat gegründet. Vor Ablauf der zweiten Amtsperiode des EZB-Beirates hat die Universitätsbibliothek Regensburg die Besetzung des Beirates für die nächste Amtszeit öffentlich ausgeschrieben. „Wir freuen uns,

---

<sup>15</sup> Zitat von Mario Glauert/Sabine Ruhnau, siehe: [http://www.uni-muenster.de/Forum-Bestandserhaltung/downloads/001\\_012\\_Glauert\\_Ruhnau\\_Einfuehrung.pdf](http://www.uni-muenster.de/Forum-Bestandserhaltung/downloads/001_012_Glauert_Ruhnau_Einfuehrung.pdf).

dass diese Ausschreibung auf großes Interesse gestoßen ist und wir den Beirat erneut mit ausgewiesenen Experten besetzen konnten“, sagt Dr. André Schüller-Zwierlein, Direktor der Universitätsbibliothek Regensburg.

Für die Zeit von Mai 2016 bis April 2019 gehören folgende zehn externe Fachleute dem EZB-Beirat an:

- Christine Baron, hbz – Hochschulbibliothekszentrum des Landes NRW
- Dr. Peter Kostädt, Universitäts- und Stadtbibliothek Köln
- Hans-Jörg Lieder, Zeitschriftendatenbank (ZDB), Staatsbibliothek zu Berlin
- Dr. Andreas Lütjen, TIB – Technische Informationsbibliothek, Hannover
- Wolfgang Mayer, Universitätsbibliothek Wien
- Manfred Müller, Bayerische Staatsbibliothek, München
- Dr. Tamara Pianos, ZBW – Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften Leibniz Informationszentrum Wirtschaft, Kiel
- Christoph Poley, ZB MED Deutsche Zentralbibliothek für Medizin, Köln
- Adriana Sikora, Max Planck Digital Library, München
- Konstanze Söllner, Universitätsbibliothek der FAU Erlangen – Nürnberg

Der Beirat unterstützt die Universitätsbibliothek Regensburg als Betreiberin der EZB bei strategischen Fragestellungen, gibt Anregungen zur Optimierung des Dienstes sowie breitgefächerte Impulse für die weitere Entwicklung des Dienstes.

Als Vorsitzende des Beirates freut sich auch Dr. Evelinde Hutzler auf den fachlichen Austausch und die Unterstützung der Experten bei der Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der EZB. Bei der letzten Sitzung des Beirates am 19.04.2016 bedankte sie sich ausdrücklich bei allen bisherigen Mitgliedern des EZB-Beirates für deren Engagement, vielfältige Ideen und kompetente Begleitung der Weiterentwicklung der EZB. In der zweiten Amtszeit hat sich der EZB-Beirat intensiv mit verschiedenen Schwerpunkten beschäftigt. Neben der Begleitung der Verbesserungen der Usability und der Barrierefreiheit der EZB haben die Beiräte wertvolle Impulse für das Responsive Webdesign, zu Fragen des Open Access sowie Empfehlungen für den Ausbau der Exportfunktionen und des Datenaustausches gegeben. Auf Anregung der Beiräte wurde am 18. Februar 2014 ein ein-tägiger Praxisworkshop zur EZB an der Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg in Frankfurt a. M. durchgeführt. Die Mitglieder des Beirats haben aktiv an der Konzeption dieses Workshops, bei dem die Bandbreite der Dienstleistungen der EZB vorgestellt wurde, mitgewirkt. Einige Beiräte waren zudem als Referenten an der Veranstaltung beteiligt.

# Neue integrierte Plattform: Handbücher aus den Lebenswissenschaften online publizieren

## ZB MED präsentiert PUBLISSO Books

Am 10. Mai 2016 hat ZB MED – Leibniz-Informationszentrum Lebenswissenschaften die Publikationsplattform Lebenswissenschaften – PUBLISSO Books gestartet. Die Plattform ermöglicht es, Bücher aus allen Bereichen der Lebenswissenschaften Open Access zu veröffentlichen. Damit ist eine weitere Komponente des PUBLISSO-Portals, in dem ZB MED alle Aktivitäten rund ums Open-Access-Publizieren bündelt, frei geschaltet worden.

„Mit PUBLISSO Books können Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einerseits ihre Forschungsergebnisse in der Tradition eines wissenschaftlichen Handbuchs veröffentlichen, andererseits profitieren sie von den Vorteilen einer Open-Access-Publikation“, fasst Dr. Ursula Arning, die bei ZB MED den Bereich Open-Access-Publizieren und -Beraten leitet, die Vorteile der neuen Plattform zusammen. „Die Ergebnisse sind weltweit schnell und dauerhaft verfügbar, aber trotzdem qualitativ abgesichert. Außerdem ist die Publikation preiswerter und einzelne Kapitel können jederzeit aktualisiert werden, ohne dass das ganze Buch neu gedruckt werden müsste. Dabei bleiben alle Versionen durch die Vergabe persistenter Identifikatoren dauerhaft auffindbar.“

Ein wichtiger Aspekt bei der Entwicklung der Plattform war die Qualitäts sicherung der Inhalte, die durch einen Peer-Review-Prozess sichergestellt wird. Dabei kann zwischen verschiedenen Optionen gewählt werden: Blind-, Double-Blind- und Open-Peer-Review-Verfahren stehen zur Verfügung. Vom Schreiben über Peer Review bis zur Publikation findet alles im gleichen System statt, so dass sämtliche Schritte im Publikationsprozess an einer Stelle dokumentiert und somit jederzeit nachvollziehbar sind.

Veröffentlichungen auf PUBLISSO Books bieten außerdem alle Möglichkeiten einer sogenannten Enhanced Publication: Neben dem reinen Text können audiovisuelle Materialien, Tabellen und auch Forschungsdaten eingebunden werden. Damit die Inhalte auf allen Bildschirmen – egal ob Desktop-Computer oder mobiles Endgerät – optimal dargestellt werden, ist die Plattform, die im Content-Management-System Drupal erstellt wurde, mit responsivem Webdesign programmiert worden.

Im März diesen Jahres hat ZB MED zusammen mit der Arbeitsgruppe Cold-Chain-Management der Universität Bonn DFG-Fördermittel für die Entwicklung eines Online-Handbuches erhalten. Mit PUBLISSO Books ist nun eine erste Grundlage geschaffen worden, auf der das Handbuch aufgebaut werden kann.

Innerhalb der Projektlaufzeit wird die Plattform sukzessive ausgebaut. In der Planung ist beispielsweise die Einbindung von Altmetrics.

„Am Tag des freien Buches, der jedes Jahr am 10.5. an die Bücherverbrennung durch die Nationalsozialisten erinnert, setzen wir mit dem Start unserer neuen Open-Access-Plattform ein Zeichen. Seit mehr als zehn Jahren ist ZB MED in der Open-Access-Bewegung aktiv und setzt sich für den freien Zugang zu Informationen ein,“ stellt Dr. Ursula Arning fest.

Es ist geplant, in Kürze auch die Veröffentlichung von Zeitschriften und Kongressen aus allen Bereichen der Lebenswissenschaften auf der PUBLISSO-Plattform zu ermöglichen. Dabei baut ZB MED auf die über 10-jährige Erfahrung, die es im Bereich der Medizin mit German Medical Science (GMS) in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften (AWMF) und dem Deutschen Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) erworben hat.

Zur Plattform PUBLISSO Books: <http://books.publisso.de/>

Weitere Informationen unter: [www.zbmed.de](http://www.zbmed.de)

## **Startschuss für die Erschließung und Digitalisierung alter Drucke des 18. Jahrhunderts in der Landesbibliothek Oldenburg**

Im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) arbeitet die Landesbibliothek Oldenburg seit Mai 2016 für zwei Jahre an der deutschlandweiten Erschließung und Digitalisierung von Drucken aus dem 18. Jahrhundert mit. Diese alten Bücher werden für das „Verzeichnis der im deutschen Sprachbereich erschienenen Drucke des 18. Jahrhunderts“ (VD18) erfasst, das von der DFG gefördert wird. Die Landesbibliothek wird 1.450 Werke mit ca. 200.000 Seiten vollständig digitalisieren und die dazugehörigen bibliografischen Daten sowie weitere Metadaten detailliert erfassen. „Die Teilnahme an diesem Digitalisierungsprojekt unterstreicht die Bedeutung der Oldenburger Sammlungen. Zugleich werden die Drucke einer breiteren interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht“, sagte Gabriele Heinen-Klajić, Niedersächsische Ministerin für Wissenschaft und Kultur.

Die Bereitstellung der Digitalisate und ihre vertiefte Erschließung über ein definiertes Set von Strukturdaten ermöglichen Wissenschaft, Forschung und

allen interessierten Menschen weltweit den zeitgemäßen Zugriff auf die Drucke. Nach Abschluss des Projekts können die Titel über die Digitalen Sammlungen der Landesbibliothek (<http://digital.lb-oldenburg.de/>), den Verbundkatalog GVK, das VD18-Portal, die Deutsche Digitale Bibliothek oder die Europeana weltweit aufgerufen werden. Über ein virtuelles Inhaltsverzeichnis lassen sich einzelne Abschnitte, Illustrationen oder Register gezielt heraussuchen.

Die Landesbibliothek Oldenburg hat wie die anderen am Projekt beteiligten Bibliotheken einen bedeutenden Altbestand. Sie verfügt heute über den viertgrößten Bestand an Werken des 18. Jahrhunderts in Niedersachsen. Darunter befinden sich u. a. Bücher aus dem Grundstock der Landesbibliothek, der Privatbibliothek von Georg Friedrich Brandes (1791-1791), die Herzog Peter Friedrich Ludwig von Oldenburg 1791 aufkaufte. Die Brandessche Bibliothek ist heute eine der bedeutendsten erhaltenen bürgerlichen Privatbibliotheken des 18. Jahrhunderts.

Die DFG fördert das VD18-Projekt der Landesbibliothek Oldenburg mit 87.000 Euro über einen Zeitraum von 24 Monaten. Das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur unterstützt die Landesbibliothek zusätzlich mit insgesamt 45.000 Euro bei der Bewältigung dieser Aufgabe.

## FaMI-Fachlehrertagung in Hamburg

„Neue Dienstleistungen und Zielgruppen in öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken“ lautete das Motto der diesjährigen Bundesfachtagung der Berufsschullehrer im Ausbildungsberuf FaMI, die vom 26.–29. April 2016 in Hamburg stattfand.

Vorgeschaltet war der eigentlichen Tagung ein Workshop für die RDA-unterrichtenden Kollegen, der auch zur Vereinbarung einer Moodle-Plattform zum Austausch von Materialien und Aufgaben für Klassenarbeiten und Prüfungen führte.

Alle 22 Teilnehmer von den Berufsschulen aus Waren, Hannover, Dortmund, Essen, Köln, Frankfurt, Stuttgart, München, Calw, Sondershausen, Berlin und natürlich Hamburg wurden zu Beginn der Haupttagung zunächst durch Zentral- und Kinderbibliothek der Hamburger Bücherhallen am Hühnerposten und anschließend durch ein dichtes Programm mit kurzen Vorträgen zu speziellen Angeboten des Hamburger Bibliothekssystems geführt.

So wird hier für Nicht-Deutsche-Muttersprachler ein umfangreicher Bestand „Deutsch als Fremdsprache“ vorgehalten, auch die Hello-Hamburg-App weist in vorerst fünf Sprachen in Text- und Sprachausgabe auf dieses Angebot hin. Des

Weiteren ermöglicht eine stark ermäßigte Jahreskarte Migranten die Nutzung des Gesamtbestandes.

Jugendliche und Multiplikatoren stehen als Zielgruppe im Focus der Hobe b4You, der als Juniorbetrieb geführten Hamburger Jugendbibliothek, in Planungen zur zukünftigen Entwicklung der Bücherhallen werden Kunden aktiv eingebunden und selbstverständlich durfte als Highlight die Vorstellung der ersten deutschen Open Library, der Bücherhalle in Finkenwerder, nicht fehlen.

*Carolin Rohrßen* stellte dar, wie durch die Ergänzung der traditionell personalbesetzten Öffnungsstunden der auf der Elbinsel gelegenen Zweigstelle durch personallose Öffnungszeiten eine Ausweitung von zwölf Wochenöffnungsstunden (2014) auf 30 (2016) möglich wurde. Der Zugang während der Zusatzzeiten in die dann videoüberwachten Räumlichkeiten ist für volljährige Nutzer nach der Ausweisidentifikation am Eingangskomputer möglich.

Die gute Annahme durch die Nutzer, das Ausbleiben von Diebstählen, Sach- oder Medienbeschädigungen führt zu einem positiven Resümee der bisherigen Erfahrungen.

Mit Neuerungen in wissenschaftlichen Bibliotheken wurden die Lehrkräfte beim Besuch der Zentralbibliothek der Wirtschaftswissenschaften (ZBW)<sup>16</sup> vertraut gemacht. Auch hier umfasste das Programm, begleitet und organisiert von *Ines Wanke*, Kurzpräsentationen spezieller Angebote.

So führten Beiträge in das Thema Web Science ein (*Isabella Peters*), gab es einen Überblick über neue Suchtechnologien bei Web Search, insbesondere e-commerce, und zu Knowledge Discovery in Databases.

Des Weiteren informierte *Ralf Flohr* über Open Access und stellte insbesondere den renommierten Publikationsserver Econ Stor der ZBW vor, in dem mittlerweile über 100.000 wirtschaftswissenschaftliche Volltexte abrufbar sind.

Einem der wesentlichen Forschungsschwerpunkte der ZBW Science 2.0 widmete sich *Guido Scherp* und ging auf die Auswirkungen der vermehrten Nutzung partizipativer Technologien des Internets, der sozialen Medien sowie transparenterer Forschung durch die Veröffentlichung von Rohdaten oder Skripten auf das Forschungs- und Publikationsverhalten ein.

So befasst sich die ZBW auch im Rahmen des hochdotierten Science 2.0 EU-Forschungsprojektes EEXCESS – „Enhancing Europe’s eXchange in Cultural Educational and Scientific Resources“ – mit der Aufbereitung, Bereitstellung und Verfügbarmachung von eher dauerhaften, verlässlichen Inhalten (long-tail-content), die im Web über Social-Media-Kanäle oder Blogs verbreitet wurden sowie

---

<sup>16</sup> [www.zbw.eu/de](http://www.zbw.eu/de)

der technologischen Integration des eigenen Rechercheportals EconBIZ in solche Umgebungen (*Timo Borst*).

Dabei ist es nur folgerichtig, dass neue Publikationsformen und -prozesse, außerhalb traditioneller Kanäle verbreitete Informationen und neue Recherchemöglichkeiten Auswirkungen auf die Medien- bzw. Dokumentensammlung und -verbreitung und damit auch auf (wissenschaftliche) Bibliotheken und die dort Tätigen haben. Die Art und Weise, wie Inhalte zum Nutzer gebracht werden, ändern sich, neue Arbeitsbereiche wie beispielsweise der des Data Librarians entstehen im zunehmend wichtiger werdenden Forschungsdatenmanagement (*Olaf Siegert*).

Bei einem letzten Außentermin beim „Spiegel“ stellte den Teilnehmern der stellvertretende Leiter der Dokumentationsabteilung *Axel Pult* zunächst die Struktur und die umfänglichen Aufgaben inklusive Faktenchecking der Spiegel-Dokumentation vor und zeigte exemplarisch die verwendeten Informationssysteme und die hier möglichen Recherchen auf. Überwiegend sind hier Fachwissenschaftler als wissenschaftliche Dokumentare tätig.

Von besonderem Interesse war auch das sich anschließende Gespräch zu Veränderungen in der Verlagswelt, zu Personalabbau, zu vermehrten online-Angeboten, den Durchsetzungsproblemen von „Paid-content-Angeboten“ im Internet sowie dem Anzeigenschwund in Printzeitschriften.

Zusätzlichen Informationsgewinn brachten zwei weitere Veranstaltungen. So informierte, einen Themenwusch der Vorjahre aufgreifend, der Leiter der Hamburger Beratungsstelle Autismus, *Birger Siebert* über Autismusstörungen sowie professionelle Wege des Umgangs mit davon betroffenen Schülern.

Beim Thema Interkulturelle Kommunikation, einem Workshop mit *Katty Nöllenburg* vom Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation<sup>17</sup> legte die Referentin den Focus nur kurz auf die Klärung eines weiten Kulturbegriffes unter Einbeziehung ethnischer oder nationaler Herkunft, sozialem Milieu, Geschlecht, Alter und Glauben.

Ihr Schwerpunkt lag vielmehr auf der Erläuterung von Praxismethoden und zahlreichen Übungen zu unterschiedlichen Rollenerwartungen, ethnozentrischer Wahrnehmung und Störungen interkultureller Kommunikation.

Ergänzt durch eine abschließende Diskussionsrunde zu möglichen Anrechnungen der FaMI-Berufsausbildung auf Bibliotheksstudiengänge mit dem Berufsschulleiter *Hartmut Lehmann*, kollegialem Austausch, auch in Bezug auf

---

<sup>17</sup> Regine Hartung, Katty Nöllenburg, Ozlu Deveci (Hrsg.): *Interkulturelles Lernen: Ein Praxisbuch*. Schwalbach 2013.

Unterrichtsmaterial, gab das sowohl vom Umfang als auch vom Input kaum zu toppende Vortragsprogramm zahlreiche Anregungen für den Schulalltag vor Ort.

Für die gelungene Programmgestaltung gilt es *Anne Schütz* und *Stefan Marten* von der gastgebenden Beruflichen Schule an der Alster nachdrücklich zu danken.

Im Frühjahr 2017 werden sich die Fachlehrer in Stuttgart treffen.

Karin Holste-Flinspach  
c/o Stauffenbergsschule  
Arnsburger Straße 44  
60385 Frankfurt/Main  
E-Mail: k.holsteflinspach@yahoo.de



Foto: Stefan Marten

## Helmholtz-Gemeinschaft verabschiedet Open-Access-Richtlinie

Wissenschaftliche Publikationen, an denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Helmholtz-Gemeinschaft beteiligt sind, sollen der Allgemeinheit offen zur Verfügung stehen. Das sieht eine neue Open-Access-Richtlinie vor, die die Mitgliederversammlung der größten deutschen Forschungsgemeinschaft im Mai verabschiedet hat. Die Publikationen sollen demnach in den Naturwissenschaften spätestens nach sechs Monaten und in den Geistes- und Sozialwissenschaften spätestens nach zwölf Monaten kostenfrei zugänglich sein.

„Mit dem Beschluss dieser neuen Richtlinie fördert die Helmholtz-Gemeinschaft den offenen Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen nachhaltig“, sagt Otmar D. Wiestler, der Präsident der Helmholtz-Gemeinschaft. „Wir verbessern damit den umfassenden Transfer unserer Ergebnisse in die Gesellschaft, die Wissenschaft und die Wirtschaft weiter.“ Mit der Richtlinie leiste die Helmholtz-Gemeinschaft überdies einen konkreten Beitrag zur Umsetzung der gerade vorgestellten Open-Science-Strategie der G7-Wissenschaftsministerien und setze auch die Verankerung von Open Science im Europäischen Forschungsraum engagiert um.

Die Helmholtz-Gemeinschaft setzt sich seit vielen Jahren für den offenen Zugang zu wissenschaftlichen Veröffentlichungen, Forschungsdaten und Software ein. Sie gehörte 2003 zu den Erstunterzeichnern der „Berliner Erklärung über den Zugang zu wissenschaftlichem Wissen“. Seit 2005 unterstützt das eigens gegründete „Helmholtz Open Science Koordinationsbüro“ die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Gemeinschaft bei der Umsetzung von Open Science. Diese machen ihre Veröffentlichungen in vielen Helmholtz-Zentren unter anderem auf öffentlich zugänglichen Dokumentenservern, so genannten Repositorien, kostenfrei zugänglich und publizieren verstärkt in Open-Access-Zeitschriften.

„Die jetzt verabschiedete übergreifende Open-Access-Richtlinie bietet allen 18 Helmholtz-Zentren einen klaren und verlässlichen Handlungsrahmen für die Transformation wissenschaftlicher Ergebnisse hin zu Open Access“, sagt Helmholtz-Präsident Wiestler. So könne die Richtlinie beispielsweise durch Publikationen in Open-Access-Zeitschriften oder durch Zweitveröffentlichungen auf Repositorien umgesetzt werden. Die freie Wahl eines qualitätsgesicherten Publikationsorgans für die Erstveröffentlichung, das dem Forschungsergebnis die optimale Aufmerksamkeit verschafft, ist davon nicht berührt.

Bereits seit dem Jahr 2013 gilt für Empfänger einer Förderung aus dem Impuls- und Vernetzungsfonds der Helmholtz-Gemeinschaft eine Regelung, die

der jetzt verabschiedeten ähnlich ist und sich an den Open-Access-Regelungen im europäischen Forschungsrahmenprogramm Horizon 2020 orientiert. „Unsere neue Open-Access-Richtlinie greift die wachsende Bedeutung von Open Science auf“, sagt Wiestler. „Wir weiten damit den offenen Zugang zu wissenschaftlicher Information systematisch und substanzIELL aus.“

## **GWK beschließt Ende der Bund-Länder-Finanzierung von ZB MED**

### **Auslauffinanzierung ermöglicht Transformationsprozess und Fortbestand**

Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) hat am 24. Juni beschlossen, dass die Bund-Länder-Förderung von ZB MED – Leibniz-Informationszentrum Lebenswissenschaften zum 31. Dezember 2016 beendet wird. Damit verbunden ist das Ausscheiden aus der Leibniz-Gemeinschaft. Zugleich begrüßt die GWK es, dass das Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen (MIWF NRW) und das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) sich gemeinsam bemühen wollen, den Erhalt der überregionalen Informationsversorgung in den Lebenswissenschaften sicherzustellen.

Das Auslaufen der regulären Bund-Länder-Finanzierung zum Ende des Jahres 2016 ist nicht gleichbedeutend mit einer Schließung. Eine Auslauffinanzierung sichert den Erhalt der Stiftung „Deutsche Zentralbibliothek für Medizin (ZB MED)“ bis zum Ende des Jahres 2019. In diesem Zeitraum wird die Einrichtung sich neu aufstellen. Ziel ist es, im Anschluss an die Übergangszeit wieder in die reguläre Bund-Länder-Finanzierung aufgenommen zu werden. Dieser Prozess wird vom Land NRW, vertreten durch das MIWF, und dem Bundesgesundheitsministerium unterstützt. Dass die GWK diese Planungen begrüßt, kann als positives Signal gewertet werden.

Der Transformationsprozess von ZB MED hin zu einem modernen Fachinformationszentrum wird nun baldmöglichst eingeleitet. Ein wichtiger Teil des Prozesses ist die gemeinsame Berufung einer W3-Professur mit der Universität zu Köln sowie einer W2-Professur mit der Universität Bonn. Die W3-Professur übernimmt zudem die Leitung von ZB MED. Die Berufungsverfahren pausieren, seitdem im März der Senat der Leibniz-Gemeinschaft empfohlen hat, ZB MED nicht weiter von Bund und Ländern zu finanzieren. Dem Vernehmen nach sind

die Universitäten jedoch bereit, die Verfahren jetzt wieder aufzunehmen. Die Verhandlungen dazu sind bereits angelaufen.

Nachdem im März bekannt wurde, dass die Finanzierung von ZB MED gefährdet ist, hat sich eine breite Protestwelle formiert. Die aus der Wissenschaftsgemeinschaft initiierte Online-Petition „#keepZBMED“ wurde von fast 10.000 Personen unterzeichnet und teilweise kommentiert. Zudem haben sich zahlreiche Fachverbände an MIWF und BMG gewandt, darunter zum Beispiel die Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften (AWMF) oder der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI). In Stellungnahmen, offenen Briefen oder ähnlichem forderten sie den Fortbestand der Einrichtung als wichtiger Informationsversorger in den Lebenswissenschaften. Der nun eingeschlagene Weg kann dies ermöglichen.

Weitere Informationen unter: [www.zbmed.de](http://www.zbmed.de).